

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/129

11. Juli 1975

Portugale Sozialisten finden Verständnis in Europa

Wollen die Streitkräftebewegungs-Offiziere ihr Wort brechen?

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des Parteivorstandes der SPD und außenpolitischer
Sprecher des SPD-Fraktionenvorstandes im Bundestag

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Im Dienste der Sicherung des Friedens

Fazit der UdSSR-Reise des SPD-Vorsitzenden

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Keine EG-Repräsentanz in Diktaturen

Vertretung der Gemeinschaft in Chile muß geschlossen werden!

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-
Fraktionsvorstandes im Bundestag

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Von Menschen und Elefanten

Sommersorgen eines CDU-Abgeordneten um Dickhäuter

Von Günter Schluckebier MdB
Mitglied des Bundestageausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Seite 7 / 33 Zeilen

Mit Eleganz auf Nebenschauplätze

UNO-Weltfrauenkonferenz verabschiedete aber immerhin
einen Aktionsplan

Seite 8 und 9 / 53 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presschaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 58
Telex: 08 98 544 - 48 ppsnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Portugals Sozialisten finden Verständnis in Europa

Wollen die Streitkräftebewegungs-Offiziere ihr Wort brechen?

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des Parteivorstandes der SPD und außenpolitischer

Sprecher des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Die portugiesische Revolution war in Europa in der Hoffnung begrüßt worden, daß es dem Lande gelingen möge, Demokratisierung, Entkolonialisierung und Überwindung feudaler Wirtschaftsstrukturen einzuleiten und schrittweise zu vollziehen. Spätestens mit der deutlichen Abwertung freier Wahlen durch die Bewegung der Streitkräfte begann der schrittweise Abbau des Ehrenwortes, das die portugiesischen Offiziere ihrem Volk und der Weltöffentlichkeit gegeben haben.

Daß die zunehmende Handlungsunfähigkeit der staatlichen Institutionen und die drohende Wirtschaftskatastrophe in Portugal einer explosiven Situation zueilen mußten, war seit Wochen zu spüren. Zu offenkundig war die gegenseitige Lähmung der politischen Kräfte im Lande; auch unter den Offizieren selbst. Auch wenn die zum Regierungsaustritt der Sozialistischen Partei führenden Vorgänge aus einer sich schon länger abzeichnenden Zwangsläufigkeit entstanden sind: Europa hat allen Grund, höchst alarmiert zu sein. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas haben die Pflicht, gegenüber dieser Entwicklung, die von der Bewegung der Streitkräfte und von der Kommunistischen Partei Portugals zu verantworten ist, höchst kritisch zu sein.

Ohne freie Parteien, ohne freie geheime Wahlen, ohne eine freie Presse, ohne freie Gewerkschaften gibt es für die sozialistischen Parteien Europas keinen Sozialismus. Ein von der Bewegung der Streitkräfte eingeleiteter Weg zum Sozialismus, der diese Merkmale nicht aufweist, wird als in Europa möglicher Sozialismus von den mittel- und westeuropäischen Parteien nicht anerkannt werden.

Die jüngsten Beschlüsse der Streitkräfte bedeuten de facto die Ab-

Schaffung des freien, geheimen und direkten Wahlrechts; dies kann auch ein erster Schritt zur Abschaffung der Parteien sein. Der ungeklärte Fall der Zeitung "República" kündigt auch eine deutliche Einschränkung der Pressefreiheit an. In den Gewerkschaften haben nach wie vor die Kommunisten die Machtpositionen in der Hand, ohne daß frei gewählt wird.

Wie lange meinen die Offiziere der Streitkräfte, daß auch jene, die immer und immer wieder für Portugal um Verständnis und Geduld geworben haben und die Europas Hilfe für Portugal gefordert haben, mit dem Argument abzuspewissen sind, man verleumde die portugiesische Revolution, wenn man darüber spreche? Es gibt für die Freunde Portugals eine Grenze in der Bereitschaft, für Portugals Revolution einzutreten. Diese Grenze ist erreicht, wenn sichtbar in Portugal die seit dem 25. April 1974 geschaffenen Freiheiten Zug um Zug wieder abgebaut werden. Diese Grenze ist jetzt in Sicht. Dies sollte man in der Bewegung der Streitkräfte erkennen. Damit wird nicht unterstellt, die Offiziere der Streitkräfte hätten insgesamt als geschlossener Block den Weg zu einem Sozialismus, der von der pluralen Demokratie ausgehe, verlassen. Aber unbestreitbar ist, daß von außen diese Kräfte in der Bewegung, die zu ihrem Wort stehen, noch stehen wollen, immer schwerer auszumachen sind. Deshalb findet die Sozialistische Partei Portugals Verständnis, wenn sie dem Verlassen des pluralistischen Weges in Portugal entschieden entgegentritt. Die Sozialisten Portugals können sich in diesen Tagen auch auf die Solidarität der deutschen Sozialdemokraten verlassen.

(-/11.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Im Dienste der Sicherung des Friedens

Fazit der UdSSR-Reise des SPD-Vorsitzenden

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Die Reise Willy Brandts durch die Sowjetunion war die vernünftige und erfolgreiche Fortsetzung der Bemühungen des SPD-Vorsitzenden, den dauerhaften Frieden in unserer Welt organisieren und sichern zu helfen. Er konnte nicht nur in den Gesprächen mit führenden Männern in der Sowjetunion, sondern auch bei Begegnungen mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst sowie mit jungen Arbeitern in Moskau und Bauern in Samarkand feststellen, daß der Einsatz für dieses Ziel auch dort einem elementaren Grundbedürfnis der Menschen entspricht und von ihnen mit großer Dankbarkeit belohnt wird. Das war in Moskau nicht anders als in Leningrad, Nowosibirsk oder Samarkand.

Überall durfte Willy Brandt die eindrucksvolle Bestätigung dafür erleben, daß die von ihm eingeleitete Aussöhnung zwischen dem sowjetischen und unserem Volk nicht nur als Sache des Verstandes, sondern auch der Herzen empfunden und vollzogen wird. Dies war beim Besuch in Leningrad vor dem Hintergrund des unsäglichen Leidens, das der Zweite Weltkrieg dieser Stadt und ihrer Bevölkerung zugefügt hat, ein besonders tiefgreifendes Erlebnis. Es fand seinen Niederschlag in den Worten Willy Brandts an die Gastgeber: "Aktives und konstruktives Miteinander ist erforderlich, auch wo es unterschiedliche Gesellschaftsordnungen gibt. Gewalt muß für alle Zukunft ausgeschlossen sein."

In allen Gesprächen und Reden warf Willy Brandt zwei Grundfragen auf: 1/ Was kann getan werden, ohne wesentliche oder grundlegende Unterschiede der Gesellschaftsordnungen zu übersehen oder zu verwischen, damit der Prozeß der Entspannung weitergeht? 2/ Was kann zur weiteren Konkretisierung der Friedenspolitik geschehen?

Dazu enthielt die Rede, die der SPD-Vorsitzende vor der Gesellschaft "UdSSR-Bundesrepublik Deutschland" gehalten hat, die von den Zuhörern stark beachteten Kernsätze. "Der Verzicht auf Gewalt für die Regelung unstrittener Fragen ist eine Maxime, die nicht nur heute gilt. Der Vertrag zwischen uns durfte und darf nicht zu einer Frage der Taktik herabgestuft werden. Er kennt keine zeitliche Begrenzung. Er ist für mich Ausdruck einer prinzipiellen Politik. Diese Politik ist auf lange Fristen angelegt und sie dient dazu, nicht nur unseren beiden Staaten und unseren Völkern, sondern unserem Kontinent insgesamt die Chance zu einer immer engeren Zusammenarbeit zu geben. Wir haben begonnen, aber wir dürfen nicht stehen bleiben. Eindämmung von Mißtrauen bedeutet noch nicht notwendig, daß Vertrauen geschaffen ist. Im Zentrum Europas ist heute mehr Zerstörungskraft angesammelt als jemals zuvor. Die Konzentration von Truppen und Waffen - das schreckliche Arsenal atomarer Vernichtungsmittel eingeschlossen - ist ein Ergebnis des Kalten Krieges. Sie ist der Ausdruck einer erklärbaren Vergangenheit. Doch sie ist im wahrsten Sinne des Wortes rückständig. Als einem, der weiß, daß die Geschichte der Abrüstung eine Geschichte der Enttäuschungen ist, gibt es für mich keinen Zweifel darüber, daß sie nur schrittweise zu lösen ist. Aber den Anfang muß man machen, um ein Stück neuen Vertrauens zu gewinnen, dann können weitere Schritte folgen. Das Ziel muß es sein, einen Zustand zu erreichen, in dem ein Angriff physisch unmöglich wird. Wir müssen - ohne an unseren Verpflichtungen etwas zu

Ändern - den Mut zu einer Politik finden, die ein Zurück zum Kalten Krieg abschneidet. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird die Aufgaben, die ich hier angedeutet habe, nicht mit einem Zauberschlag lösen, auch wenn gewisse Schwierigkeiten, die einem Abschluß noch im Wege standen, beseitigt geräumt sein werden. Doch in Helsinki geht es aus meiner Sicht nicht um einen Abschluß, sondern um einen Anfang. Es ist wichtig, daß Regierungen einander und ihren Völkern darüber berichten, was sie konkret unternehmen, um die gemeinsam verabschiedeten Texte mit Leben zu erfüllen. Die Völker haben einen Anspruch darauf, dies zu erfahren. Mit Texten allein ist den Menachen nicht geholfen."

Die grundsätzlichen Ausführungen, die Willy Brandt vor einer illustren Versammlung aus Politik, Wissenschaft und Kultur in Moskau gemacht hat, wurden zweifellos von den Adressaten nicht vorbehaltlos geteilt, aber in ihrer Klarheit und politischen und moralischen Substanz mit erkennbar großem Respekt aufgenommen. Dies kam auch in dem - wie uns von deutschen Korrespondenten gesagt wurde - höchst ungewöhnlichen Vorgang zum Ausdruck, daß die Rede eines ausländischen Politikers in der "Iestija" fast im Wortlaut nachgedruckt worden ist.

Der SPD-Vorsitzende konnte aus der Sowjetunion den zuverlässigen Eindruck nach Hause mitnehmen, daß der Generalsekretär der KPdSU, Leonid I. Breschnjew, den Ausbau der Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit sowohl in bilateraler als auch multilateraler Hinsicht wünscht; unter nüchterner Beachtung der 1973 bei Breschnjews Besuch in Bonn geprägten Formel von der "strikten Einhaltung und vollen Anwendung" des Abkommens der Vier Mächte eine gute Möglichkeit besteht, aus der Phase der unfruchtbaren und teilweise kleinlichen Polemik um Berlin zu einer Versöhnung und Auflockerung zu kommen; der Wunsch nach Verstärkung oder Neubegründung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Beziehungen und Zusammenarbeit in der Sowjetunion einen hohen Stellenwert hat.

Das inhaltliche und atmosphärische Fazit dieser Reise, das von journalistischen Beobachtern weitgehend korrekt in die Bundesrepublik berichtet worden ist, wurde von der Opposition einfach nicht zur Kenntnis genommen. Nur dadurch wurde die aus ihren Reihen kommende unqualifizierte, durchwegs sogar infame Begleitmusik möglich, die sich selbst richtet. Diese Reaktionen haben allerdings einmal mehr und überdeutlich die Unfähigkeit der CDU/CSU dokumentiert, eine realistische, im Interesse unseres Landes und seiner Menschen liegende Politik anzubieten, oder, wenn auch mit kritischen Einschränkungen, mitzutragen. Wenn sich die Opposition damit in eine weltweite Isolierung begibt, so ist das ihre Sache. Wenn sie damit jedoch Schaden für unser Land und sein internationales Ansehen heraufbeschwört, muß sie sich den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit gefallen und sich die Unfähigkeit zur Übernahme von Regierungverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland bestätigen lassen.

Der erneute Beitrag, den Willy Brandt während seiner Reise durch die Sowjetunion und im Dialog mit der Führungsspitze in Moskau zur Entspannung zwischen Ost und West und damit zur Sicherung des Weltfriedens geleistet hat, kann weder durch blindwütige Eiferer noch durch böswillige Ignoranten und Interpreten geschmälert werden. In der ganzen Welt weiß man: Zu der von Willy Brandt eingeleiteten, konsequent vertretenen und von Bundeskanzler Helmut Schmidt fortgeführten Friedenspolitik der sozialliberalen Bundesregierung gibt es keine Alternative. Und Willy Brandt konnte seinen Gesprächspartnern und Zuhörern in der Sowjetunion guten Gewissens versichern, daß es für diese Politik, die den Gewaltverzicht zum Prinzip hat und die Entspannung unumkehrbar machen will, in unserem Lande eine überwältigende Mehrheit gibt.

(-/11.7.1975/ko/bgy/pr)

Keine EG-Repräsentanz in Diktaturen -----

Vertretung der Gemeinschaft in Chile muß geschlossen werden!

. Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstands im Bundestag

Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Ludwig Fellermaier, hat kürzlich die EG-Kommission aufgefordert, ihre Vertretung in Santiago de Chile zu schließen. Wir Sozialdemokraten stehen hinter dieser Forderung. Es wäre unerträglich, wenn die Europäische Gemeinschaft das Militärregime in Chile dadurch unterstützt, daß ihre Vertretung für Lateinamerika ausgerechnet in Santiago de Chile ihren Sitz hat.

Die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft dürfen nicht durch einen falschen Eindruck belastet werden, der dadurch entstehen könnte, daß es sich bei dem Büro in Santiago um eine Vertretung handelt, die mit einem Regime kooperiert, das durch Rechtsbruch und Gewalt an die Macht gekommen ist. General Pinochet und seine Gewinnungsfreunde können sich dort nur durch die Unterdrückung jeder Form parlamentarischer Demokratie und die gnadenlose Verfolgung, ja sogar physische Vernichtung politisch Andersdenkender halten. Der General hat klargestellt, daß es für alle Zukunft keine freien Wahlen in Chile mehr geben soll.

Hält die Gemeinschaft an ihrer Vertretung in Santiago fest, dann verliert sie ihr Ansehen und ihre Glaubwürdigkeit in Südamerika. Internationale Solidarität mit den Demokraten ist nicht nur ein bloß ethisches, sondern ein konkret politisches Gebot. Eine Europäische Gemeinschaft auf dem gleichen politischen Parkett mit der Junta: Das ist ein Hohn auf die Gefängnisse und Massengräber der inneren Opposition, die zu ihrem größten Teil von unseren politischen Freunden gestellt wird!

Die Europäische Gemeinschaft darf nicht in den Geruch kommen, daß sie dem Kampf des chilenischen Volkes um innere Freiheit gleichgültig

gegenübersteht. Die Militär-Junta ist politisch und wirtschaftlich bankrott. Nachdem das Niveau der Lebenshaltungskosten im Laufe der letzten 12 Monate um 427 % gestiegen ist, eine beispiellose Arbeitslosigkeit im Lande herrscht und die Löhne weit unter dem Existenzminimum liegen, ist den Militärdiktatoren besonders daran gelegen, im Ausland Anerkennung zu finden. Das Regime hat Chiles Delegation aus der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation unter großem Protest abgezogen, als westliche Gewerkschafter die Freilassung aller politischen Gefangenen und die unverzügliche Wiederherstellung der sozialen Freiheiten forderten. Es würde dem Gebot der internationalen Solidarität mit den Arbeitnehmern und mit der leidenden Bevölkerung widersprechen, wenn wir im Europäischen Parlament es weiter zulassen wollten, daß die Gemeinschaft eines ihrer wenigen Büros in Südamerika gerade am Sitz dieses Regimes behält.

Es darf den anderen politischen Kräften ebenfalls nicht gleichgültig sein, welchen Wert die internationale Solidarität der Demokraten hat. Wir sind entschlossen, keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß die Europäische Gemeinschaft ihre Bemühungen darauf konzentrieren muß - was im Übrigen nicht nur für Chile gilt -, nur mit solchen Staaten zusammenzuarbeiten, die selbst die demokratischen Prinzipien, die Grundfreiheiten und die sozialen Rechte der Menschen anerkennen.

Die Europäische Gemeinschaft hat sich nach innen und in ihren Beziehungen zu Drittstaaten den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der parlamentarischen Demokratie verpflichtet. Sie hat gerade dadurch ein außerordentlich hohes Maß an internationalem Vertrauen und Gewicht erlangt. Die europäische Geschichte hat uns wiederholt gelehrt, welcher hoher politischer und moralischer Wert und welcher Erfolg dem entschlossenen Eintreten für Recht und Demokratie in internationalen Beziehungen beschieden sein kann. Wir würden nicht nur die Sache des chilenischen Volkes, sondern auch die Erfahrung unserer eigenen Geschichte und die praktische Vernunft verraten, wollten wir nicht von den Mitteln Gebrauch machen, die uns im Kampf gegen Diktaturen zur Verfügung stehen. Dazu gehört, daß diplomatische Vertretungen der Europäischen Gemeinschaft nur in solchen Drittländern aufrechterhalten werden, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit im Innern verwirklichen.

(-/11.7.1975/bgy/pr)

+ + +

11. Juli 1975

Von Menschen und Elefanten

Sommerreden eines CSU-Abgeordneten um Dickhäuter

Von Günter Schluckebier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Schon in Ferienstimmung, in Gedanken irgendwo weit in der Welt, geriet dem CSU-Abg. Dr. Erich Riedl die Lektüre einer Frankfurter Zeitung zum Ärgernis. Sollte es tatsächlich zutreffen, daß binnen zehn Jahren in Kenia die Elefanten ausgerottet sein würden und deutsches Fernweh und deutsche Tierliebe sich nicht mehr durch einen Jet nach Nairobi oder direkt an den Fuß des Kilimandscharo befriedigen ließen?

Der CSU-Abgeordnete, ein echter Vertreter tierliebender Menschen mit dem Hang zur Exotik und findig dazu, sann darüber nach, wie dem Übel abzu- helfen sei. Zwar war auch ihm klar, daß der Schutz der kenianischen Ele- fanten durch deutsche Polizei oder noch waffengeübterer Organisationen kaum möglich sei, aber er fand die Alternative: Wer keine Elefanten schützt, bekommt auch keine Entwicklungshilfe. Flugs fragte er die Bundesregierung, ob sie sich nicht seinem bestehenden Einfall anschließen müsse: "Wird die Bundesregierung", so schrieb er, "notfalls die Entwicklungshilfe für Kenia streichen, um das Land zu einem wirksamen Schutz der Elefanten zu bewegen?".

Die Bundesregierung stutzte, auf den Gedanken war sie noch gar nicht gekommen: Sollte das Prinzip "gut verdienen", mit dem Kenia doch so schöne Erfolge erzielt hat, nicht vor den Stoßzähnen kenianischer Dick- häuter erfurchtvoll zurückschrecken? Dann aber sann auch sie: Was wäre, wenn man dem so vernünftigen Begehren des Abgeordneten nachkäme? Man hätte bestimmt die öffentliche Meinung hinter sich, denn es wäre erstens Steuer- geld gespart und zweitens etwas für die Tierwelt getan. Daß dadurch ein paar schwarzhütigen Zweibeinern, für die sich ohnehin nur philanthropische Schwärmer interessieren, Schaden zugefügt wird, könnte dabei sicher außer Acht gelassen werden - getreu der "Welt"-Erkenntnis, daß Neger anders, näm- lich dümmer seien als wir.

Aber auch angestrenktes Denken führte die Bundesregierung nicht zu diesem Erfolg. Mit Rücksicht auf schwärmerische Christen, Afrikaner und vielleicht sogar Jesus beschied sie den CSU-Politiker, daß Projekte, die den Menschen zugute kommen, wichtiger seien als Elefanten, und daß die Entwicklungshilfe für Kenia deshalb fortgesetzt werde.

Wie herzlos, so müßte die CSU nun eigentlich fragen, ist eine Bundes- regierung, die dem Schicksal von Elefanten so gleichgültig gegenübersteht?
(-/11.7.1975/ka/ee)

+ + +

Mit Eleganz auf Nebenchauplätze

UND-Weltfrauenkonferenz verabschiedete aber immerhin einen Aktionsplan

"Keine Frau ist so diskriminiert wie diejenige, die kein Brot, keine Erziehung und keine Medikamente für ihre Kinder hat." Dieser Satz aus der Eröffnungsansprache des Präsidenten Luis Echeverria ist im Verlauf der UND-Weltfrauenkonferenz in Mexico-City von fast allen Delegationen aufgegriffen worden. Das Zitat des mexicanischen Präsidenten, der sich durch die Abhaltung dieser Konferenz als Kandidat für die Nachfolge Kurt Waldheims als UN-Generalsekretär zu profilieren suchte, war typisch für die demagogische Eleganz, mit welcher das Konferenzthema "Frauen" in die Reihe der Sekundärfragen abgedrängt wurde.

Denn keine Frau ist mehr diskriminiert als diejenige, die von der ersten Menstruation an bis zur Menopause jährlich Kinder gebären muß, obwohl sie weiß, daß sie sie nicht ernähren kann. Mexico mit seinem Geburtenüberschuß von 3,5 vH hat erst vor einem Jahr halbherzig ein Familienplanungsprogramm begonnen. Verhütungsmittel sind mit einer Mehrwertsteuer von 100 vH belegt. Nach Regierungsschätzungen, die sich selbst konservativ nennen, leben 25 vH aller Paare unverheiratet zusammen - eine dezente Umschreibung der Tatsache, daß die meisten Männer nur instabile Verbindungen eingehen und die Verantwortung für Ernährung und Erziehung der Kinder bei den Müttern bleibt. Ähnliches gilt für weite Teile Südamerikas und für die Inselstaaten der Karibischen See.

Die Delegierten der Dritten Welt jedoch wollten wie schon früher in Bukarest nicht über Geburtenbeschränkungen reden, sondern über eine neue ökonomische Weltwirtschaftsordnung. Worte wie Verhütungsmittel oder Abtreibung waren tabu. Selbst der harmlose Begriff Familienplanung verursachte einen Aufstand unter den lateinamerikanischen Delegationen, die von Cuba lautstark angeführt wurden.

Die westlichen Vertreterinnen argumentierten dagegen teilweise recht ungeschickt mit der Forderung, die Konferenz von Politik und Wirtschaftsfragen freizuhalten, weil es um reine Frauenfragen ginge. Der Block der

Dritten Welt setzte schließlich die "Deklaration von Mexico" durch, in der die Prinzipien der Integration von Frauen in den nationalen und internationalen Entwicklungsprozeß definiert sind. Diese Deklaration fand weitgehende Zustimmung auch bei den Industrienationen, wenngleich die Passagen gegen den Zionismus für die Bundesrepublik und die westlichen Länder unannehmbar blieben. Bereits vorher war der Weltaktionsplan widerspruchlos verabschiedet worden. Dieser Plan soll über eine Dekade hin die rechtliche, ökonomische und politische Gleichstellung der Frau verwirklichen helfen. Das sei für die UNO ein bemerkenswert fortschrittliches Dokument, attestierten selbst die amerikanischen Frauenkämpferinnen diesem Plan.

Bis 1980 werden darin als Minimum folgende Ziele anvisiert: merklicher Abbau des Analphabetentums; Zeitpläne für die verstärkte Einschulung von Mädchen und Berufsausbildung junger Frauen zwischen 16 und 25 Jahren; Schwergewichte in der Vermittlung von modernen Bodenbearbeitungsmethoden weil der größte Teil der afrikanischen und südamerikanischen Frauen auf dem Land lebt und die Feldarbeit leistet; Erhöhung des Frauenanteils auf allen Ebenen der Wirtschaft und Politik, um Frauen maßgeblich an Entscheidungen zu beteiligen.

Weitere Planpunkte sind effektivere Maßnahmen gegen Kinderheirat und Witwenvererbung und gegen den schwinghaften Mädchenhandel, durch den in vielen Ländern gerade Lateinamerika die Bordelle gefüllt werden. Außerdem sieht der Plan eine sorgfältigere und kontinuierlichere Datensammlung über die Situation der Frau und ihre Integration in Entwicklungsprozesse vor.

Bis 1980 wird man sehen, was von dem Plan verwirklicht werden konnte.

Marie-Louise Jurzeit
(-/11.7.1975/bgj/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller